



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 23. Januar 2018

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Vergangene Woche wurden innerhalb von zwei Tagen 1.617 Menschen im Mittelmeer gerettet, zwei Menschen starben. Staatliche wie nichtstaatliche Rettungseinheiten waren beteiligt. In diesem Jahr sind bereits 170 Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, umgekommen.
Deutlich wurde an den beiden Tagen, Dienstag und Mittwoch, dass es deutlich zu wenige Rettungsboote- und -mannschaften gebe. Durch einen Pakt der EU-Mitgliedsstaaten mit der libyschen Küstenwache sank die Zahl der Fliehenden über das Mittelmeer deutlich. Auf eine plötzlich hohe Zahl Fliehender seien die Einheiten nicht mehr ausreichend vorbereitet. Vor allem aber retten nur noch drei von ehemals acht NGOs auf dem Meer. Grund ist der „Verhaltenskodex“, den die italienische Regierung den Organisationen aufdrückte. Ihre Finanzierung sei auf Grund der Stimmungsmache gegen ihre Arbeit nicht mehr hinreichend gesichert. In Italien erhalten die Organisationen immer weniger Spenden. Um 20 % sei der Erlös gesunken.
<http://www.dw.com/de/rund-1400-fl%C3%BCchtlinge-auf-dem-mittelmeer-gerettet/a-42173603>
(16.01.18)
<http://www.fr.de/politik/flucht-zuwanderung/fluechtlinge-auf-dem-mittelmeer-ehlen-die-retter-a-1429784> (21.01.18)
- Zehn Menschen sind von der Flucht aus Syrien nach Libanon in einem Schneesturm gestorben.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-im-syrisch-libanesischen-grenzgebiet-erfrozen-a-1188874.html> (19.01.18)
- Die von Myanmar nach Bangladesch geflohenen Angehörigen der Rohingya sollen innerhalb von zwei Jahren wieder zurückgeführt werden. Die Regierungen beider Länder haben eine entsprechende Einigung getroffen. Die ankommenden Menschen sollen zunächst in Lagern untergebracht werden. Insgesamt sind 650.000 Menschen betroffen. Die UNO fordern, dass die Menschen zunächst über die Bedingungen in Myanmar aufgeklärt werden und dann selber entscheiden sollen, ob sie zurückkehren. Dem ist Bangladesch nun nachgekommen. Niemand solle unter Zwang das Land verlassen. Einige der Geflüchteten wollen nur unter der Bedingung nach Myanmar zurückkehren, dass sie dort die Staatsbürgerschaft erhalten.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-bangladesch-rohingya-sollen-binnen-zwei-jahren-zurueck-nach-burma-a-1188092.html> (16.01.18)

<http://www.tagesspiegel.de/politik/bangladesch-rueckfuehrung-von-rohingya-fluechtlingen-verschoben/20874220.html> (22.01.18)

- Der französische Präsident Emmanuel Macron will seine Asylpolitik deutlich verschärfen. Am Dienstag besuchte er Calais. Dort warteten im sogenannten „Dschungel“ mehr als zehntausend Geflüchtete auf die Möglichkeit, weiter nach Großbritannien zu fliehen. Inzwischen ist das Lager aufgelöst, doch haben sich die Menschen nur zerstreut. Etwa 300 bis 500 leben noch in Calais und Umgebung, andere sind an Orte wie Le Havre oder Dieppe weitergezogen. Der Bericht des *Deutschlandfunks* zeigt außerdem auf, wie hartnäckig und gewaltvoll die Polizei gegen Weiterfliehende vorgehe. Laut Macron müsse dies bestraft werden. Ein Polizist sagte gegenüber dem Sender aus, er könne nicht gleichzeitig, wie von der Politik gefordert, humanitär handeln und Menschen rigoros vom Fliehen abhalten. Macron wetterte bei seinem Besuch gegen Geflüchtetenorganisationen, die gemeinsame Sache mit „illegalen Einwandern“ machten und „falsche Informationen“ verbreiteten. Er plant, dass jede*r, der*die künftig bei der versuchten Überfahrt nach Großbritannien erwischt werden, automatisch mit der Abschiebung rechnen könne. Das von ihm angekündigte Einwanderungsgesetz setzt ebenfalls auf die Grundsätze Abschieben und Abschrecken, so die *Deutsche Welle*. Abschiebungen sollen forciert und Asylanträge schneller bearbeitet werden. 90 Tage statt 120 sollen künftig ausreichen, um beispielsweise den Behörden die Papiere vorzulegen. Laut Kritiker*innen braucht es aber allein schon einen Monat, um überhaupt einen Termin beim zuständigen Amt zu bekommen. Abschiebehaft soll von 45 auf 90 Tage verdoppelt werden. Wie die *taz* zeigt, ist die härtere Gangart Macrons aber schon heute spürbar. In Notunterkünften von Hilfswerken wie der Heilsarmee sollen künftig Menschen auf der Suche nach Illegalisierten kontrolliert werden. Die Unterkünfte galten bisher unwiderrprochen als unantastbare „Horte der Fürsorge.“ Alle humanitären Organisationen lehnten das Vorhaben geschlossen ab und reichten Klage ein.
<http://www.dw.com/de/macron-will-hart-gegen-illegale-vorgehen/a-42179498> (17.01.17)
http://www.deutschlandfunk.de/calais-der-dschungel-ist-weg-die-fluechtlinge-nicht.795.de.html?dram:article_id=408536 (18.01.18)
<http://www.taz.de/!5475515/> (18.01.18)
- Für den heutigen Abschiebeflug nach Kabul gab es erhebliche Schwierigkeiten, genug Personal der Bundespolizei zu gewinnen. Mindestens zehn Männer sollen von der Abschiebung betroffen sein. Bisher ist von acht Personen aus Bayern, eine aus Baden-Württemberg sowie ein Mensch aus NRW bekannt, dass sie in dem Flieger sitzen sollen. Währenddessen gab es am Samstagabend einen erneuten Anschlag auf ein Hotel. Mindestens 20 Menschen sollen bei dem Angriff der Taliban ums Leben gekommen sein.
http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-spiegel-bundespolizei-hat-personalnot-bei.1939.de.html?drn:news_id=841261 (20.01.18)
<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt. abschiebung-nach-afghanistan-zehn-fluechtlinge-muessen-zurueck-nach-kabul.9fc136b8-c1fc-4785-81f7-53d035360f32.html> (22.01.18)
<https://www.berliner-zeitung.de/politik/drei-tage-nach-anschlag-fluechtlingsrat-kritisiert-geplante-abschiebung-nach-kabul-29538708> (22.01.18)
Im Bericht der *SZ* wird deutlich, welchen Gefahren von Abschiebung nach Afghanistan Bedrohte sich ausgesetzt sehen. Weil die Kategorie „Identitätsverweiger*in“ absolut willkürlich auslegbar ist, ist ein hoher Anteil von Menschen betroffen und keine Minderheit, wie es die Innenministerien glauben machen wollen. Wegen Lappalien oder weil es den Behörden nicht schnell genug geht, bis die Identität geklärt ist, können Menschen ins Visier geraten. Unter anderen ist ein Mensch betroffen, dem bei der Rückkehr nach Afghanistan die Steinigung droht.
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/abschiebung-die-staatsregierung-laesst-auf-biegen-und-brechen-afghanen-einsammeln-1.3828967> (18.01.18)

Bund, Land, Kommune

- Das Sondierungspapier zwischen CDU/ CSU und SPD wurde am Wochenende vom SPD-Parteitag angenommen. Damit können Koalitionsverhandlungen beginnen. Während die Union deutlich macht, dass keine großen, inhaltlichen Änderungen mehr möglich sind, forderte die SPD vergangene Woche im Bundestag, den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte „nur“ bis 31. Juli auszusetzen. Danach soll laut Sondierungsergebnissen die Einreise von 1.000 Personen pro Monat zu ihren subsidiär schutzberechtigten Familienangehörigen in Deutschland beschränkt werden.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/asylpolitik-neuer-konflikt-ueber-familiennachzug-1.3832886>
(19.01.18)
- Der Vater der Familienvater Sakollari verdient Geld mit seiner Ausbildung. Doch die Ausländerbehörde Dresden lehnt seine Ausbildungsduldung ab. Deswegen mussten wir als Mitglied der Sächsischen Härtefallkommission den Fall der Familie einreichen.
<https://www.sz-online.de/nachrichten/abschiebung-trotz-ausbildungsplatz-3862421.html> (18.01.18)

Hintergrund und Meinung

- Die *Frankfurter Rundschau* mit einer Reportage zum von vielen Seiten kritisierten Geflüchtetenlager in Bamberg. Bei einem Brand im vergangenen November starb ein Mensch. Kritik kam auf, weil die Alarmierung der Feuerwehr viel zu lang benötigte. Etwa 100 Ehrenamtliche der 75.000 Einwohner*innen starken Stadt engagieren sich für die circa 1.300 Untergebrachten. Sie leben in der ständigen Gewissheit, nicht allein zu sein, mangels abschließbarer Türen sind sie jederzeit Diebstahl und Security ausgesetzt, sie dürfen nicht selber entscheiden, wann und was sie essen, sie empfangen lediglich Sachleistungen, kein Bargeld. Eine Journalist*innen gezeigte Standardwohnung im Lager fasst mit 115 m² 16 Betten, eine Toilette, ein Bad, ein kleines Wohnzimmer sowie eine kleine Küche ohne Herd. Exakt sieben Quadratmeter pro Person seien das, genau soviel, wie es das Asylbewerberleistungsgesetz als Mindestfläche vorsieht. Aus Bamberg selbst regt sich einerseits Widerstand gegen die Menschen, die dort untergebracht sind, andererseits aber auch unter den Nicht-Besorgten deutliche Kritik an Massenunterkünften. Bis hin zu Oberbürgermeister Andreas Starke (SPD) reichen die Appelle an die Bundespolitik, keine weiteren Lager zuzulassen.
<http://www.fr.de/politik/flucht-zuwanderung/fluechtlingsunterkunft-bamberg-das-vorzeigelager-der-csu-a-1426134> (15.01.18)
- Eine der Hauptaufgaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sei die Integration, so Heribert Prantl in der *SZ*. Angesichts sinkender Zahlen Ankommender könne es sich nun eigentlich voll und ganz darauf konzentrieren. Doch die Politik setze auf Abschreckung. Diejenigen, die wie geplant von Anfang bis Ende des Asylverfahrens beziehungsweise bis zu ihrer Abschiebung in den sogenannten „AnKER“-Lagern leben müssten, seien am Ende wahrscheinlich nicht einmal mehr „integrationsfähig“. Das sei Kasernierung von Geflüchteten, ihrer Kinder und Familien. Bei der Lager-Beschulung nach bayerischem Vorbild würde bundesweit weit stärker gegen die Kinderrechtskonvention verstoßen werden. Der grundgesetzlich gesicherte Vertrauensschutz sei zudem mit der weiteren Aussetzung des Familiennachzugs verletzt worden.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-abschreckung-hoch-drei-1.3827738> (16.01.18)
- Das extra für 1948 geflohene Palästinenser*innen gegründete Flüchtlingshilfswerk UNRWA ist zu einer Art Ersatzstaat für viele geworden. Inzwischen ist die als Übergangslösung gedachte Organisation soweit institutionalisiert, dass selbst ein für den Übergang geplantes Lager im Libanon neu aufgebaut wird. Betrieben wird eine ganze Infrastruktur, unter anderem auch aus Schulen und Krankenhäusern. Die Finanzierung betreffend blickt das Werk schwierigeren Zeiten entgegen nachdem US-Präsident Donald Trump angekündigt

hat, das Budget der Vereinigten Staaten zu kürzen. Viele Palästinenser*innen im labilen Libanon leben seit Jahrzehnten dort. Neu hinzugekommen sind die, die aus Syrien geflohen sind – syrische Staatsbürger*innen aber genauso Palästinenser*innen, die bisher in Syrien lebten. Der Druck auf dem informellen Arbeitsmarkt sowie dem unteren Segment des Wohnungsmarktes ist massiv gestiegen. 65 % der Palästinenser*innen leben unter der Armutsgrenze, 89 % der aus Syrien Geflohenen. Weitere 9 % von ihnen leben in extremer Armut.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-im-libanon-ersatzstaat-fuer-palaestiner/20871390.html> (21.01.18)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: pr@sfrev.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: pr@rlcl.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



UNO-Flüchtlingshilfe